



**Fraktion im Verbandsgemeinderat Nieder-Olm, 26. August 2017**

**Presseerklärung der CDU-Fraktion im VG-Rat Nieder-Olm  
„FWG will Beibehaltung des hauptamtlichen Beigeordneten erzwingen“**

Reinhard Küchenmeister, Fraktionsvorsitzender der CDU im Verbandsgemeinderat Nieder-Olm, und sein Stellvertreter Michael Lottermann zeigen sich verwundert über einen Antrag der FWG-Fraktion im Verbandsgemeinderat zum Hauptausschuss am 29. August 2017 und den Verbandsgemeinderat am 28. September 2017. Darin wird der Bürgermeister aufgefordert, einen Tagesordnungspunkt aufzunehmen, der zum Gegenstand hat, noch vor der von der Koalition beantragten Anhörung zum Thema Hauptamtlichkeit oder Ehrenamt, Fakten zu schaffen: Die Stelle eines hauptamtlichen Beigeordneten soll ausgeschrieben und der Wahltermin für den 11. Januar 2018 festgelegt werden.

„Dieser Antrag überrascht auch insoweit, als er nicht vom Fraktionsvorsitzenden und Kandidaten der FWG für das Beigeordnetenamt, sondern von der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden unterschrieben wurde“, wundern sich Küchenmeister und Lottermann. Daraus und aus der Tatsache, dass der Bürgermeister per Fraktionsantrag „gezwungen“ wurde, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen, könnte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der „Koalitionsfriede“ offenbar schon erheblich beeinträchtigt ist, mutmaßen die beiden CDU Kommunalpolitiker.

Offenbar will auch die SPD-Fraktion zunächst die Anhörung im Verbandsgemeinderat am 28. September 2017 abwarten, ehe entschieden werden kann, ob die Hauptamtlichkeit abgeschafft oder beibehalten werden soll, sonst hätte Bürgermeister Spiegler ohne den FWG-Antrag die Tagesordnung entsprechend aufgestellt. „Der Vorstoß der FWG mutet an wie ein Schildbürgerstreich: Zuerst soll die Hauptamtlichkeit festgezurrert und dann eine Anhörung über deren mögliche Abschaffung durchgeführt werden“, so Reinhard Küchenmeister. Offensichtlich handelt es sich bei dieser Initiative um einen übereilten Schnellschuss der FWG, die befürchtet, dass vielleicht die Ratsmehrheit nach der Anhörung zu dem Ergebnis kommen könnte, die Hauptamtlichkeit abzuschaffen. Dann bestünde auch nicht mehr die Möglichkeit, einen lukrativen Posten durch die FWG zu besetzen.

Michael Lottermann, Stellvertreter von Küchenmeister und Mitglied im Kreistag Mainz-Bingen, führt in diesem Zusammenhang aus, dass die FWG in der Verbandsgemeinde offensichtlich das gleiche Spielchen wie im Kreistag treibt. Lottermann: „Im Kreistag hatte die FWG versucht, vor der Landratswahl ihre Kandidatin für den Posten der hauptamtlichen Ersten Beigeordneten durchzusetzen, was jedoch scheiterte. In der Verbandsgemeinde versucht die FWG nun, die Nachfolge des zum 30. September 2018 ausscheidenden Stelleninhabers Malkmus vorzeitig zu regeln. Es soll erzwungen werden, diese Wahl vor der Wahl des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde, die Ende Januar 2018 vorgesehen ist, durch den Rat vorzunehmen. Es geht einmal mehr darum, sich dem Votum der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Wahl zu entziehen und statt dessen eine Wahl durch den Verbandsgemeinderat beziehungsweise die Koalition durchzuführen, um sich einen schön dotierten Posten für die FWG zu sichern.“

Küchenmeister erinnert daran, dass die CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat bereits mehrfach gefordert hat, den hauptamtlichen Beigeordneten durch einen ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich zu ersetzen. Der Grund liegt darin, dass sich seit den Anfängen der Verbandsgemeinde vor mehr als 40 Jahren die Aufgabensituation wesentlich verändert hat und somit das Erfordernis für eine Hauptamtlichkeit entfallen ist. Die CDU appelliert deshalb an die im Rat vertretenen Fraktionen, diesen Vorschlag zu unterstützen. Zudem fordert die CDU-Fraktion, dass der Hauptausschuss der Verbandsgemeinde den Antrag der FWG zur Ausschreibung für einen hauptamtlichen Beigeordneten und zur Festlegung des Wahltermins für den 11. Januar 2018 mit breiter Mehrheit ablehnt.